

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 80 (2002)
Heft: 4

Artikel: "Also gegen die Reichen geht es?" : Die Wahl des ersten sozialistischen Nationalrats vor 150 Jahren
Autor: Koller, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341698>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Also gegen die Reichen geht es?»

Die Wahl des ersten sozialistischen Nationalrats vor 150 Jahren

Die NZZ war empört. Man wage es, so monierte sie im März 1852, «eine Trennung unseres Volkes, das bis jetzt nur gleichberechtigte Bürger kannte, in Arme und Reiche anzubahnen».¹ Dabei sollte man doch «in unserer so hoch studirten und über und über zivilisirten Welt [...] die einfachste aller Lehren begreifen, dass man einen ganzen Staatskörper ruinirt, wenn man seine Theile schädigt». Geschädigt wurden in den Augen des Blattes nicht etwa die Arbeiterinnen und Arbeiter, welche täglich um die 14 Stunden in der Fabrik standen, sondern «die Reichen», denen der Grossrat Johann Jakob Treichler eine progressive Besteuerung auferlegen wollte. Und just dieser Treichler hatte eben im zweiten Durchgang einer Ersatzwahl zum Nationalrat im ersten Zürcher Wahlkreis das absolute Mehr nur um wenige Stimmen verpasst. Wenige Tage später musste die NZZ mit Bedauern melden, das «allererste Resultat der Wahlbewegung» sei «nun eine neue Parteiung [...] die sozialistische oder absolut demokratische Richtung».² Treichler war im dritten Wahlgang gewählt worden – fast vier Jahrzehnte vor Jakob Vogelsanger (1849–1932, Nationalrat 1890–1905), dem ersten Nationalrat der SPS.

Wer war dieser Treichler, der schon 1852 die NZZ das Fürchten vor den Roten lehrte? Geboren 1822 in Richterswil in eine Kleinbauern- und Heimarbeiterfamilie, hatte er schon mit zwölf Jahren als Gehilfe in der Kattundruckerei Hürli-

mann arbeiten müssen. Ausgebildet zum Lehrer, quittierte er 1843 wegen ständiger Konflikte mit den konservativen Schulbehörden nach kurzer Zeit den Dienst und heuerte beim radikaldemokratischen Verlagsbuchhändler Fröbel in Zürich an. Dort kam er mit den Revolutionären August Becker und Michail Bakunin sowie dem Magdeburger Schneidergesellen Wilhelm Weitling, der einen utopischen Kommunismus propagierte, in Kontakt. Letzterer war nach Zürich gekommen, um seine Schrift «Evangelium eines armen Sünders» drucken zu lassen. Die konservative Zürcher Regierung, die sich 1839 im «Straussenhandel» an die Macht geputscht hatte, liess den ungebetenen Gast festnehmen und nach zehn Monaten Haft zusammen mit 36 seiner ausländischen Anhänger ausweisen. Mutmassliche Zürcher Sympathisanten wurden in den Einwohnerlisten gekennzeichnet.

Treichler hatte in der Zwischenzeit ein Jurastudium aufgenommen und betätigte sich publizistisch in radikaldemokratischem Sinne. Im Oktober 1845, während einer massiven Teuerung der Grundnahrungsmittelpreise, beteiligte er sich an der Gründung des «Gegenseitigen Hilfs- und Bildungsvereins, dem zunächst vor allem Handwerker, bald aber auch Fabrikarbeiter angehörten, und der es sich zum Ziel gesetzt hatte, sich «mit den socialistischen Ideen bekannt zu machen». Den Vereinsversammlungen in der «Blume» Aussersihl und im «Falken» Wiedikon wohnten, wie die Polizeispitzel feststellen mussten, bald bis zu 170 Personen bei. Zu

¹ NZZ, Nr. 65, 5.3.1852.

² NZZ, Nr. 69, 9.3.1852.

Beginn des Jahres 1846 hielt Treichler im Café «Widder» eine Serie von vier Vorlesungen über Sozialismus mit Titeln wie «Gibt es in der Schweiz ein Proletariat?» und «Über die Souveränität des Volkes» und erregte damit grosses Aufsehen. Die NZZ etwa meinte, man müsse dem sozialistischen «Übel rechtzeitig und entschieden» entgegentreten, «bevor es Wurzel gefasst» habe, und wusste dazu auch gleich ein probates Mittel: «Eine nicht unwesentliche Beihülfe können die Inhaber von Fabriken, Werkstätten und überhaupt von grössern Geschäften leisten, wenn sie ihren Angestellten die Entlassung aus dem Dienste androhen, auf den Fall, dass sie sich mit Kommunisten einlassen.»³ Diese Empfehlung wurde von manchen Arbeitgebern beherzigt.

Der unter Druck geratene Treichler publizierte im März 1846 ein Manifest, in dem er seine politischen Ziele darlegte. Zentrale Punkte waren die folgenden Forderungen: direkte Wahlen, Besoldung der Parlamentarier, Einführung des Gesetzesreferendums, durchgreifende Volksbildung, Arbeiterschutz, Einrichtung von Sozialwerkstätten, staatliche Unterstützung genossenschaftlicher Unternehmungen, Gründung einer Kantonalbank, Einführung der Progressivsteuer, Abschaffung der Todesstrafe. Hingegen betonte Treichler, er und seine Freunde trachteten keineswegs, wie ihnen immer wieder vorgehalten wurde, die Güterteilung durchzuführen: «Wir müssten allen gesunden Menschenverstand verloren haben, wenn wir auf solch räuberische Weise die Lage der Arbeiter verbessern wollten.»⁴ Zur Zürcher Parteienlandschaft, in der seit dem Vorjahr wieder die Freisinnigen die Oberhand hatten, äusserte er sich folgendermassen: «Leider sind Viele, die sich Männer des Fortschrittes, Liberale, sogar Radikale nennen, dem Fortschritte untreu geworden; sie begün-

stigen unter der Maske des Fortschrittes den Rückschritt; das aristokratische Herrentum ist gestürzt, jetzt gründen sie ein Zweites, das wir füglich das liberale Neuherrntum nennen könnten. Wir sind Freunde aller ächten Freisinnigen, aber die erbittertesten Feinde dieser Schein-Freisinnigen, wir werden ihnen auch mit unerbittlicher Hand die Maske vom Gesichte reissen.»⁵

Die klare Deklaration seiner reformistischen Ziele nützte Treichler nichts. Der Zürcher Polizeirat untersagte ihm, weiterhin «öffentliche Vorträge über Socialismus und Kommunismus zu halten».⁶ Sogar die Kinder auf der Gemüsebrücke verspotteten ihn mit dem Ruf: «Dä wott teile! Dä wott teile!» Noch im März 1846 erliess das Zürcher Parlament ein «Gesetz gegen kommunistische Umtriebe», das alle Bestrebungen, die geeignet waren, «wegen der Ungleichheit des Besitzes eine Klasse von Bürgern gegen eine andere, Besitzlose gegen Besitzende zum Hasse aufzureizen», mit bis zu 1000 Franken Busse und zwei Jahren Gefängnis ahndete.⁷ Treichler ging daraufhin ins «Exil» nach Lausanne und Birsfelden, kehrte aber bereits 1847 nach Zürich zurück, bestand 1849 sein juristisches Staatsexamen und eröffnete eine Anwaltspraxis.

Im Jahre 1850 wurde Treichler gleich in zwei Wahlkreisen in den Grossen Rat gewählt, im heimatlichen Richterswil und im Kreis Wiedikon, der die Gemeinden Aussersihl, Wiedikon, Albisrieden, Altstetten, Enge und Wollishofen umfasste. Ab Ende 1851 verfügte er im Rat mit Karl Bürkli über einen Gesinnungsgenossen. Beide waren Mitglieder der seit 1846 bestehenden Zürcher Sektion des Grütlivereins und engagierten sich für den Konsumverein Zürich, der im September 1851 gegründet wurde. Nach Bürklis Wahl schrieb die konservative «Freitagszei-

³ ebd., S. 4.

⁶ Schweizerische Arbeiterbewegung: Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart. Zürich 1975, S. 54.

⁷ ebd., S. 55.

³ NZZ, Nr. 16, 16.1.1846.

⁴ Johann Jakob Treichler: Politische Grundsätze. Zürich 1846, S. 3.

tung» bestürzt, es sei «die noch weit entfernt geglaubte Hunnenschaar der Sozialisten ein[gebrochen], an ihrer Spitze Bleda Treichler und Attila Bürkli».⁸

Schon im Oktober 1851 erzielte Treichler bei den Nationalratswahlen ein respektables Ergebnis, am 7. März 1852 gelang ihm in einer Nachwahl der Einzug in die grosse Kammer. Vorangegangen war ein heftiger Wahlkampf in der Zürcher Presse. Die NZZ meinte, der Sozialismus würde, «wenn er Kraft erhielte, in kurzer Zeit den schönsten Kanton zu einer Armenanstalt oder einem Lazareth herunterbringen».⁹ Allerdings fürchtete sie nach eigener Angabe weniger Treichlers sozial- und wirtschaftspolitischen Pläne, sondern vielmehr seine Forderung nach Einführung direktdemokratischer Elemente in die rein repräsentative Kantonsverfassung: «Uns macht der Treichlersche Sozialismus nicht bange, denn die Zürcher Industrie und das Zürcher Kapital werden sich schon zu helfen wissen, aber die Treichlersche Demokratie fürchten wir, die sich wie ein Schlingkraut in den Staat hineinrankt, um die besten Kräfte des Baums zu verschlingen.»¹⁰

Ab 1853 existierten auch auf der Zürcher Landschaft Konsumvereine, die neben den nun entstehenden «Demokratischen Volksvereinen» zur Basis der als «Sozial-Demokraten», «Bluthrothe» oder «Neudemokraten» bezeichneten Anhänger Treichlers und Bürklis wurden. Bei den Grossratswahlen von 1854 schafften 15 «Sozial-Demokraten» den Einzug ins Parlament. Damit hatte die Bewegung aber ihren Zenith erreicht. Bürkli emigrierte 1855 mit einigen Gesinnungsgenossen nach Texas, um sich am Aufbau einer «Phalanx», einer sozialistischen Lebens- und Produktionskommune nach der Lehre des französischen Frühsozialisten Charles Fourier (1772–1837), zu beteiligen und kehrte nach dem Scheitern

des Experimentes drei Jahre später mittellos zurück. 1858 wurden nur noch sieben «Sozial-Demokraten» wiedergewählt. In den 1860er Jahren ging diese politische Richtung in der kleinbürgerlich-bäuerlichen Demokratischen Bewegung auf, die über einen Arbeiterflügel unter Bürkli verfügte. Die Demokraten erzwangen 1868 eine Totalrevision der Kantonsverfassung und errangen im Jahr darauf die absolute Mehrheit in Regierung und Parlament. Diese Erfolge der Demokraten brachten dem Kanton Zürich den Übergang zur direkten Demokratie, verzögerten aber gleichzeitig die Herausbildung einer eigenständigen Arbeiterbewegung. Die 1867 gegründete und von Bürkli geleitete Zürcher Sektion der Ersten Internationale hatte nur geringen Zulauf, die seit 1869/70 bestehenden sozialdemokratischen Parteiorganisationen blieben zunächst Anhängsel der Demokratischen Partei. Als die Sozialdemokraten 1878 erstmals eigene, von den Demokraten unabhängige Listen aufstellten, verloren sie prompt zwei ihrer bisherigen drei Kantonsratsmandate. Erst ab 1893 existierte im Kantonsrat eine eigene sozialdemokratische Fraktion.

Und Treichler? Der erste sozialistische Nationalrat machte in den 1850er Jahren einen erstaunlichen Wandel durch. Im Oktober 1856 wurde er in die Zürcher Regierung gewählt – auf Betreiben Alfred Eschers, des starken Mannes im Zürcher Freisinn und wichtigen Repräsentanten des aufstrebenden Unternehmertums. Auch in Bern hatte sich Treichler Eschers Nationalratsfraktion angeschlossen. Escher, der zunächst mit dem Gedanken gespielt hatte, Treichler mittels des Kommunistengesetzes von 1846 mundtot zu machen, entschied sich für die vereinnahmende Integration des Systemkritikers. Obwohl Treichler seine fortschrittlichen Ideen nicht völlig aufgab, entfremdete er sich immer mehr von seinen ehemaligen Mitstreitern. 1861 wurde er aus dem Grütliverein ausge-

⁸ Zürcher Freit. Zeitung, Nr. 48, 28.11.1851.

⁹ NZZ, Nr. 41, 10.2.1852.

¹⁰ NZZ, Nr. 52, 21.2.1852.

schlossen. Als 1869 das «System Escher» zusammenbrach, die Demokraten die Macht übernahmen und manche «sozialdemokratischen» Postulate der 1840er und 1850er Jahre verwirklichten, musste auch Treichler seinen Regierungssessel räumen. Nach einem Zwischenspiel als Oberrichter wurde er 1871 Professor an der Universität Zürich, ab 1876 zugleich

am Eidgenössischen Polytechnikum. Daneben nahm er Verwaltungsratsmandate bei der Schweizerischen Kreditanstalt und bei der Rentenanstalt wahr und blieb bis 1904 liberales Mitglied des Zürcher Kantonsrates. Er verstarb 1906, in einem Jahr heftiger Arbeitskämpfe.

Christian Koller

B Ü C H E R W E L T

David Farbstein und der Kampf für Recht und Gerechtigkeit

Hanna Zweig-Strauss: David Farbstein (1868–1953). Jüdischer Sozialist – sozialistischer Jude. Chronos Verlag, Zürich 2002, 281 Seiten, 16 Abbildungen, Fr. 42.–.

Als David Farbstein im Alter von 78 Jahren 1946 seine Tätigkeit als Anwalt beendete, hatte er nicht genug Geld, um sein kleines Haus in Zollikon zu halten. Trotzdem war sein Leben eine Erfolgsgeschichte. Denn Farbstein hat trotz widrigster Lebens- und Zeitumstände seiner Überzeugung gemäss für Gerechtigkeit, für den sozialen Fortschritt und für die Menschenrechte gekämpft und dabei zur stetigen Entwicklung des roten Fadens in der Geschichte (Ernst Bloch) einen wichtigen Beitrag geleistet. Früh hat er sich eingesetzt in Abtreibungsfällen und als einer der Verteidiger im Generalstreikprozess der auch als Kampf für die geistige «Revolutionierung der Gehirne» geführt wurde. «Unsere Aufgabe als sozialdemokratische Juristen soll nicht nur die sein, den Kampf

ums Recht mit dem Gegner zu führen, sondern auch in den eigenen Reihen über strittige Fragen oder sogar über Fragen, die als allgemein anerkannt gelten, Aufklärung zu bringen, oder wo es nötig wird, Kritik zu üben. Wir sollen Kämpfer fürs Recht, aber auch Aufklärer der Rechtsbegriffe sein.» So schrieb der im übrigen klassisch marxistisch argumentierende reformistische Sozialdemokrat Farbstein im Mai 1931 in der Roten Revue.

Farbstein hat mit seinem Wirken im Zürcher Gemeinderat und im Nationalrat für die Frauenrechte, gegen die Todesstrafe und besonders in der Zeit des Faschismus gegen den auch in der Schweiz normalen und die Politik prägenden Antisemitismus zu einer fortschrittlicheren und rechtsstaatlicheren Rechtssetzung in der Schweiz beigetragen. So in der seit dem Sommer 2002 endlich geregelten Frage des legalen Schwangerschaftsabbruchs oder dem vor sieben Jahren knapp, aber dennoch vom Volk beschlossenen Anti-